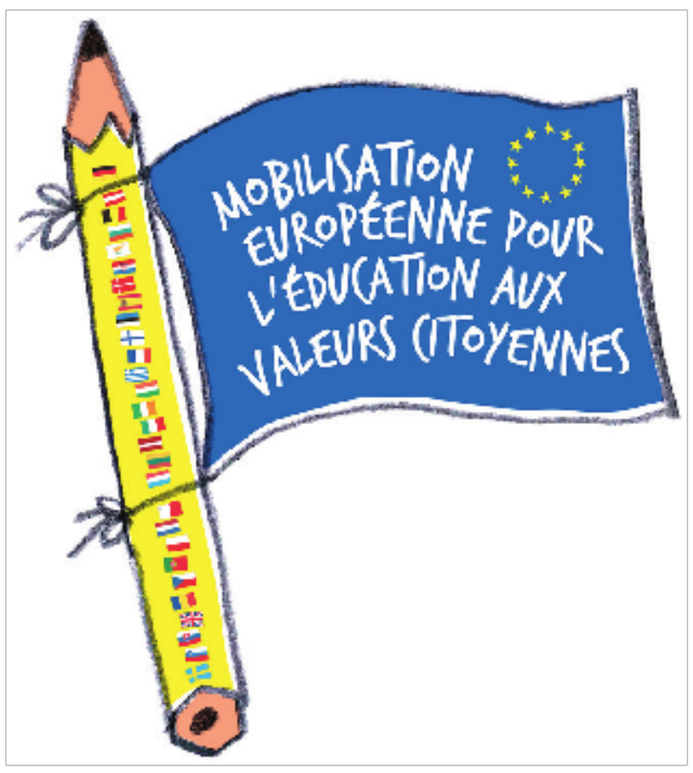
INFORMELLES TREFFEN DER BILDUNGSMINISTER
DER EUROPÄISCHEN UNION

PARIS, DIENSTAG, DEN 17. MÄRZ 2015

Erklärung zur Förderung von Politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung



Angesichts der Erklärung der Mitglieder des europäischen Rates im Anschluss an ihr informelles Treffen vom 12. februar 2015

**Erklären wir, die für die Bildung zuständigen Minister,
und der Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur, Jugend und Sport,
hiermit:**

Als Reaktion auf die Terroranschläge in Frankreich und Dänemark zu Beginn dieses Jahres, und im Gedenken an ähnliche Schreckenstaten in Europa in der jüngeren Vergangenheit, bekräftigen wir unsere Entschlossenheit, uns gemeinsam für die Stärkung unserer Grundwerte einzusetzen, die ein zentrales Anliegen der Europäischen Union sind: Achtung der Menschenwürde, Freiheit (vor allem freie Meinungsäußerung), Demokratie, Gleichheit vor dem Gesetz (vor allem zwischen Frauen und Männern), Rechtsstaat und Achtung der Menschenrechte. Diese Werte werden von den Mitgliedstaaten geteilt - in einer europäischen Gesellschaft, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.

Die direkte Reaktion unserer Länder war außergewöhnlich. Nun ist es an der Zeit, den nächsten Schritt zu machen. Wir in Europa können stolz auf die Bewältigung vergangener Konflikte sein. Nun geht es jedoch erneut darum, Herausforderungen, wie den Schutz und die Stärkung des europäischen Freiheitsgeistes anzunehmen, der es gemäß den Werten der Union versteht, kritisches Denken und die Achtung der Mitmenschen in Einklang zu bringen.

Unsere größte Herausforderung ist der Schutz des Pluralismus unserer Gesellschaften, wofür konkrete Maßnahmen auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene nötig sind.

Wir, die Bildungsminister und der europäische Kommissar, stehen bei der Weitergabe der humanistischen und demokratischen Werte, für die wir gemeinsam stehen, ganz besonders in der Pflicht. Wir setzen uns gemeinsam dafür ein, Gedankenfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung zu verteidigen, soziale Eingliederung und die Achtung der Mitmenschen zu fördern, sowie Diskriminierungen jeglicher Art vorzubeugen und zu bekämpfen.

Deshalb rufen wir zur Verstärkung der Bemühungen auf, die Vermittlung und Aneignung dieser Grundwerte bereits vom frühen Kindesalter an zu verstärken, und daran zu arbeiten, durch entsprechende Bildung integrativere Gesellschaften zu schaffen.

Das wichtigste Ziel der Bildung ist nicht nur das Vermitteln und das Fördern von Kenntnissen, Fähigkeiten, Kompetenzen, Verhaltensweisen und demokratischen Grundwerten. Ihr obliegt es auch, jungen Menschen, gemeinsam mit den Eltern und Familien, zu ermöglichen, aktive, verantwortungsbewusste und weltoffene Mitglieder der Gesellschaft zu werden.

Die Jugend stellt unsere Zukunft dar. Deshalb muss sie diese auch gestalten können. Nur gemeinsam kann es uns gelingen, Ausgrenzung, Intoleranz, Rassismus und Radikalisierung vorzubeugen und zu bekämpfen und uns für Chancengleichheit einzusetzen. Dazu müssen wir den Initiativgeist und das Engagement der jungen Menschen stärken und die gemeinsamen Grundwerte bekräftigen, die unseren Demokratien zugrunde liegen.

Dies ist eine hehre und große Herausforderung, die wir gemeinsam annehmen müssen.

AUF NATIONALER, REGIONALER UND LOKALER EBENE

Wir stimmen zu, unsere Maßnahmen im Bildungsbereich mit folgenden Zielsetzungen zu stärken:

1 _ Dafür zu sorgen, dass sozialer Zusammenhalt, individuelle Bildungsprozesse und aktive Beteiligungsmöglichkeiten durch Bildungsangebote gestärkt werden, indem jene Grundwerte und Prinzipien vermittelt werden, die die Grundlage unserer Gesellschaften bilden;

2 _ Eine umfassende Bildung für alle Jugendlichen zu gewährleisten, die Rassismus und jede Art von Diskriminierung bekämpft, die Demokratie und Menschenrechte fördert und die Jugendlichen lehrt, Unterschiede in Meinungen, Überzeugungen, im Glauben und den Lebensweisen zu verstehen und zu akzeptieren, und Rechtsstaatlichkeit, Vielfalt sowie Geschlechtergerechtigkeit zu respektieren;

3 _ Die Fähigkeiten und Kompetenzen von Jugendlichen zu stärken, um kritisches Denken und Urteilsvermögen zu entwickeln, sodass sie speziell im Zusammenhang mit der Nutzung des Internets und sozialer Netzwerke in der Lage sind, Realitäten zu begreifen, Fakten von Meinungen zu unterscheiden, Propaganda zu erkennen und jeder Art von menschenverachtender ideologischer Beeinflussung und Hasstiraden zu widerstehen;

4 _ Geografische, soziale und bildungspolitische Rahmenbedingungen zu bekämpfen, die zu Benachteiligungen und Hoffnungslosigkeit führen und Nährboden für Extremismus bereiten, indem man allen Jugendlichen die Fähigkeiten, Kompetenzen und Kenntnisse vermittelt, die für ihren Weg in eine berufliche Zukunft und in ein erfolgreiches Leben in der Gesellschaft nötig sind, und indem man Maßnahmen zur Verringerung der Schulabbrecherquote und zur verbesserten sozialen und beruflichen Integration junger Menschen fördert;

5 _ Den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen allen Akteuren des Bildungswesens, insbesondere der Eltern, Familien und Anlaufstellen, zu fördern, und Eigeninitiative und Engagement der jungen Menschen zur Entwicklung und Stärkung von sozialem Zusammenhalt zu unterstützen;

6 _ Lehrkräfte in ihrer Arbeit und ihren Kompetenzen zu unterstützen und zu fördern, damit sie in der Lage sind, gegen jede Art von Diskriminierung und Rassismus Position zu beziehen, Jugendliche zu einem kritischen Umgang mit den Medien heranzuführen, den Bedürfnissen von Schülern und ihren vielfältigen Hintergründen Rechnung tragen, um gemeinsame Grundwerte zu vermitteln und um Rassismus und Intoleranz vorzubeugen und bekämpfen.

AUF EUROPÄISCHER EBENE

Auch wenn die Zuständigkeit für die Bildungssysteme und deren Inhalte in den Mitgliedsstaaten verbleibt, so ist die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene in diesem Bereich entscheidend für die Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen.

Es besteht die Notwendigkeit an Zusammenarbeit und Koordinierung, an Erfahrungsaustausch und an Gewährleistung, dass die besten Ideen und Praktiken innerhalb der Europäischen Union verbreitet und ausgetauscht werden können, um:

1 _ zu gewährleisten, dass Kinder und Jugendliche durch Vermittlung von demokratischen Werten und Grundrechten, sozialer Eingliederung, Nicht-Diskriminierung und aktiver Beteiligung, soziale, demokratische und interkulturelle Kompetenzen erlangen;

2 _ kritisches Denken und Medienkompetenz, vor allem im Zusammenhang mit der Nutzung von Internet und sozialen Netzwerken, zu erweitern, um dadurch Bewusstsein und Haltungen gegen jede Art von Diskriminierung und menschenverachtender ideologischer Beeinflussung zu entwickeln;

3 _ die Bildungschancen von benachteiligten Jugendlichen und jungen Menschen mit besonderen Bedürfnissen zu fördern, indem wir darauf achten, dass unsere formalen und non-formalen Bildungsangebote ihren Bedürfnissen Rechnung tragen;

4 _ den interkulturellen Dialog in allen Formen des Lehren und Lernens und in Zusammenarbeit mit allen anderen Politikbereichen und wichtigen Akteuren zu fördern.

Diese Zielsetzungen können folgendermaßen gefördert werden:

- durch den strategischen Rahmen „Allgemeine und berufliche Bildung 2020“ (ET 2020), durch seine Prioritäten, durch Peer Learning und den Austausch und die Verbreitung guter Praktiken;
- durch das Programm Erasmus +, insbesondere durch Förderung der Mobilität von Schülern, Studierenden und Lehrenden; durch strategische Partnerschaften und Kooperationsplattformen für Schulen; sowie durch Dialog und gemeinsame Projekte von Politischer Bildung, Freiwilligenarbeit und Jugendaustausch;

sowie durch :

- andere Finanzierungsinstrumente der EU für bildungsverwandte Bereiche, wie das Programm Horizon 2020 (speziell mit seinen Säulen „Gesellschaftliche Herausforderungen“ und „Wissenschaft mit und für die Gesellschaft“) oder der Rahmen für die Zusammenarbeit im Jugendbereich in Europa, als auch die Nutzung einer engeren Zusammenarbeit zwischen Bildung und anderen anzusprechenden Bereichen, wie Kultur, Sport, Beschäftigungspolitik, soziale Wohlfahrt, Sicherheit und weitere Möglichkeiten der sozialen Integration;
- Sensibilisierung und Förderung der Zusammenarbeit in der Zivilgesellschaft und mit den Sozialpartnern;
- das Eröffnen möglicher Synergien im Rahmen der laufenden Arbeiten des Europarates im Bereich der Politischen Bildung und der interkulturellen Verständigung.

Wir ersuchen den Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport, bei seinem nächsten Treffen am 18. und 19. Mai 2015 über Folgemaßnahmen zu dieser Erklärung zu diskutieren.